



Sessionsbericht

Nr. 2 / Frühjahr 2024

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch

Marc Jost BE marc.jost@parl.ch

079 385 35 35

076 206 57 57

Liebe Leserinnen und Leser

Die EVP konnte diese Frühlingsession einmal mehr zeigen, dass sie **die** brückenbauende Partei ist - sowohl im Bundeshaus als auch ausserhalb. Zurzeit darf die EVP durch die weltweite Presse gehen, um den Erfolg der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Indien zu feiern. Unsere Partei hat massgeblich zur erfolgreichen Unterzeichnung beigetragen. Mitten in der Session durfte Nik zum Dank und als Anerkennung mit Bundesrat Guy Parmelin nach Indien fliegen, um den offiziellen Feierlichkeiten aus nächster Nähe beizuwohnen.

Neben diesem Erfolg der EVP auf aussenpolitischer Bühne, konnten wir diese Session auch innenpolitisch einiges bewegen. Wir bewahrten unter anderem unsere Schweizer KMU-Garagisten vor unfairen Wettbewerbspraxen seitens ausländischer Autohersteller, konnten Massnahmen gegen den sich verbreitenden Antisemitismus verabschieden und den Schutz von Opfern vor Gewalt stärken.

Weniger erfreulich war die Weigerung des Parlaments, unsere Kinder besser vor Tabak zu schützen. Die in dieser Session vorgeschlagenen Massnahmen sind nicht nur unzureichend, sondern widersprechen in offener und direkter Weise dem Volkswillen der vom Volk angenommenen Initiative Kinder ohne Tabak. Auch verweigerte das Parlament unseren 16-jährigen das aktive und passive Wahlrecht. Diese Entscheidungen enttäuschten uns, aber wir werden dennoch weiter für den gesundheitlichen Schutz und die politischen Rechte unserer jungen Menschen in diesem Land kämpfen!

Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen und einen sonnigen Start in den Frühling.

Nik und Marc



Die EVP-Nationalratsmitglieder Marc Jost und Nik Gugger

In diesem Bericht:	Seite
Kinder ohne Tabak: Gegen den Volkswillen	2
Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus	3
Schweizer Garagisten geschützt	3
Salamitaktik gegen Sonntagsruhe	4
Opferschutz durch Täterarbeit	5
Leider kein Stimmrecht für 16-Jährige	6
Parlamentsdebatten ohne Barriere	7
Schritt zur ökologischen Nachhaltigkeit	7
Eingereichte Vorstösse	8

Die EVP auf der Weltbühne



Nik mit Bundesrat Parmelin in Indien.



Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern/ Béatrice Devénes

Kinder ohne Tabak: Volkswille wird mit Fü- sen getreten.

Die verfassungskonforme Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» war während der Session arg in Gefahr. Die im Jahr 2022 angenommene Initiative verbietet eigentlich «jede Art von Werbung» für Tabak- und Nikotinprodukte. Ständerat und Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK-N) hatten jedoch Anpassungen und Ausnahmen am Umsetzungsvorschlag des Bundesrates vorgenommen. Diese hätten jedoch dem ursprünglichen Verfassungsauftrag des Volkes widersprochen, Kinder und Jugendliche durch ein möglichst umfassendes Verbot von Tabak- und Nikotinwerbung zu schützen. Aus diesem Grund hatten wir und eine Mehrheit der Mitte-Fraktion Die Mitte.EVP. sich zusammengeschlossen, um die verfassungskonforme Umsetzung der Initiative zu retten.

In dem von uns vorgelegten Vorschlag sollte die Tabakwerbung bei abonnierten Printmedien im Innenteil weiterhin erlaubt bleiben, falls der Anteil der 14- bis 17-Jährigen lediglich weniger als 2% der Gesamtleserschaft ausmacht. Zudem sollten Hinweise zu Sponsoring und Verkaufsförderung sowie das mobile Marketing (mobiles Verkaufspersonal, wie z.B. Hostessen) nicht, wie vom Ständerat und der SGK-N beantragt, vom Tabakwerbeverbot ausgenommen werden. Leider stellte sich heraus, dass strikte Regeln für Tabakwerbung zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen nicht mehrheitsfähig waren. Eine Allianz von SVP, FDP und einzelne Nationalrätinnen und Nationalräte der Mitte verhinderte unsere Kompromissvorschläge. Da eine derart liberale Umsetzung dem Willen von Volk und Ständen klar widersprechen

In Azerbaijan noch unerwünscht...



...in Indien aber willkommen!



Nik Gugger bei der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und Indien.

Wo ist Nik?

«Wo ist Nik?» – Ein Zürcher Nationalrat half mit, das Handelsabkommen mit Indien abzuschliessen

Wenn zähe Handelspolitik das Potenzial für Bollywood hat.

David Biner, Bern
12.03.2024, 05:30 Uhr 4 min Hören Markieren Drucken Teilen



Er war tatsächlich viel unterwegs und auch ein sehr gefragter Mann. Ob in Indien oder im Bundeshaus, alle wollten wissen - «Wo ist Nik?» Dieser positive Rummel um unseren Nik nahm auch die NZZ wahr und recherchierte die Rolle, die er in den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen mit Indien eingenommen hatte.

Quelle: [NZZ](#)

würde, haben wir mit der Mehrheit des Nationalrates in der Gesamtabstimmung die veränderte Vorlage abgelehnt, womit den Gesetzesvorschlag wieder in den Ständerat kommt.

Antisemitismus und Rassismus müssen bekämpft werden

Mitten in der Frühjahrsession 2024 kam es zu einer schrecklichen Gewalttat an einem jüdischen Mitbürger in Zürich. Rassismus und Antisemitismus sind leider auch in der Schweiz ein ansteigendes Problem. Darum ist es von umso grösserer Bedeutung, dass diese zunehmende Intoleranz und Gewaltbereitschaft von der Politik ernstgenommen und bekämpft wird. Deswegen haben wir uns verstärkt eingesetzt für eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates – der auch Marc Jost angehört - [„Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus“](#) sowie für das Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates – der auch Nik Gugger angehört - [„Prüfung von Möglichkeiten der Bekämpfung der aussenpolitischen Dimensionen des massiv zunehmenden Antisemitismus in der Schweiz“](#). Beide Vorstösse wurden mit einer grossen Mehrheit des Nationalrates angenommen.

Die Motion beauftragt den Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen eine konkrete Strategie und einen Aktionsplan auszuarbeiten, die darlegen, wie die Schweiz besser gegen Rassismus und Antisemitismus vorgehen kann. Ebenso verlangt die Motion die Prüfung einer neuen Massnahme, nämlich einen neuen Beauftragten für Rassismus- und Antisemitismusbekämpfung. Allein die SVP-Fraktion stellte sich gegen die Motion.

Das einstimmig – und gegen den Willen des Bundesrates - angenommene Postulat verlangt, dass der Bundesrat die Auswirkungen der jüngsten antisemitischen Taten auf die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland genaustens prüft. Darüber hinaus beauftragt das Postulat den Bundesrat, Massnahmen vorzuschlagen, welche die ausländische Wahrnehmung der Schweiz als ein offenes und tolerantes Land schützen.

Garagisten sollen nicht zu Verkaufsagenten degradiert werden

Die Motion von Nik Gugger [„Schutz vor der einseitigen Einführung des Agenturmodells im KFZ-Markt 5000 KMU gefährdet“](#) wurde im



Selbst Gölä konnte es sich nicht entgehen lassen, ein Selfie mit Nik zu machen. ;-)

Keine Finanzierung der Kosten für das Dolmetschen im Gesundheitswesen

Der Nationalrat verpasste es zu klären, wer für die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschenden im Gesundheitswesen zuständig ist, und riskiert damit die Gesundheit von gehörlosen Menschen!

Er hat dazu eine Motion von Damian Müller mit 99 Nein zu 74 Ja Stimmen (bei 11 Enthaltungen) abgelehnt!

Die Folge: Gehörlose Menschen wissen auch in Zukunft nicht, ob sie ihren Arzt verstehen werden.

Wir werden weiterkämpfen, um endlich eine Lösung für diese unhaltbare Situation zu finden.

Biogas wird von CO2-Abgabe befreit

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Motion Gugger [«Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO2-Abgabe»](#) angenommen! (Siehe auch Sessionsbericht Winter 2023).

Nationalrat mit einer klaren Mehrheit angenommen. Dies war überhaupt nicht selbstverständlich und konnte nur dank grosser Überzeugungsarbeit bei den Ratskollegen erreicht werden.

Nik Gugger ging es bei diesem Vorstoss darum, dass das Kartellgesetz auch dann gelten soll, wenn Hersteller sich für einen Vertrieb via Agentur entscheiden. Hier haben die grossen ausländischen Autohersteller im Gesetz eine Lücke entdeckt, die es ihnen auf dem KFZ-Markt erlaubt hätte, die unternehmerischen Freiheit und den Wettbewerb für unsere Schweizer KFZ-KMUs zu unterbinden. Heute nämlich gelten Agenten im Gesetz nicht als Unternehmen. Die Motion forderte zudem, dass, falls die Hersteller das Agenturmodell einführen wollen, sie nachweisen müssen, dass das Agenturmodell effizienter ist als das heutige System. Diesen Nachweis zu erbringen, dürfte einfach sein, wenn es nicht darum geht, die Marge der Händler in die Konzernzentrale zu spülen, zulasten unser Schweizer KMUs. Die Motion geht nun in den Ständerat.

> [Hier geht's zu Nik's Votum](#)

Sonntagsruhe: Dank Salomitaktik wir das Sonntagsarbeitsverbot immer bedeutungsloser

Der Nationalrat hat der Motion Nantermod (FDP/VS) „Arbeitsrecht. Lokalen Geschäften erlauben, sonntags zu öffnen„ zugestimmt. Das selbst eine grosse Mehrheit der SVP, die sich gerne als Verteidiger der christlichen Werte präsentiert, diese Vorlage massiv unterstützt hat und den wirtschaftlichen Interessen hier den Vorrang gegeben hat, ist eine Enttäuschung.

Die Motion fordert, dass kleine Lebensmittelläden neu auch am Sonntag Arbeitnehmende beschäftigen dürfen. Damit setzt das Parlament seine Liberalisierungsbestrebungen gegen den Volkswillen fort. Als Nationalräte verurteilen Nik Gugger und Marc Jost die anhaltenden Angriffe auf den arbeitsfreien Sonntag.

Bereits heute bestehen im Verkauf für die Arbeitnehmenden überdurchschnittlich belastende Arbeitsbedingungen. Wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten, atypische Arbeitszeiten und anhaltend tiefe Löhne tragen dazu bei. «Der arbeitsfreie Sonntag ist für die Erholung des Verkaufspersonals besonders wichtig und als gemeinsame Zeit für Familie oder Freunde, wie auch für das geistliche Leben», sagt Nik Gugger. Bereits heute bestehen zudem für die Sonntagsarbeit im Verkauf weitgehende Ausnahmen: Verkaufsläden in Bahnhöfen,

Kein Erfolg für Motion (Gugger) «Förderung von sozialen Unternehmen»



Nach dem einschlägigen Erfolg der Motion von Nik im Nationalrat, folgte das «Stöckli» nicht dessen Beispiel. Der Ständerat verwarf die Motion sogar ohne eine Abstimmung im Plenum und zeigte damit ein geringes Interesse an Unternehmen, die sich für eine sozial, ökologisch und ökonomisch gerechte Gesellschaft einsetzen.

Die Motion forderte, dass Soziale Unternehmen, oder «Social Enterprises», rechtlich geschützt und gefördert werden sollten, da sie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft leisten, aber aufgrund eben dieser gesellschaftlichen Orientierung am Markt Nachteile erfahren, wie etwa bei der Finanzierung. Im vergangenen Juni hat der Nationalrat die Motion angenommen, weshalb Nik in den letzten Wochen und Monaten viel Zeit investiert hatte mit Freunden und Sense, um die Unterstützung für die Motion auch im Ständerat zu sichern, etwa mithilfe eines [Policy Briefs](#).

Dennoch gelang es durch mehrere mediale Auftritte, diese bedeutenden Unternehmen in der Schweiz besser sichtbar zu machen, so z.B. im SRF [Rendez-vous](#) vom 11.03.2024 (Bild).

Leider wurde die Motion aufgrund der Ablehnung in der Wirtschaftskommission ohne Gegenantrag im Ständerat abgelehnt.

Nik gibt aber nicht auf. Er war nur der Zeit voraus und plant nun über den Ständerat eine modifizierte Version einzubringen.

Kioske an öffentlichen Strassen und Plätzen, Tankstellenshops an Hauptverkehrslinien, Bäckereien, Konditoreien, Confiserien, Blumenläden, Läden in Tourismusgebieten oder Läden in grenznahen Einkaufszentren.

Die Angriffe aus dem Parlament auf den arbeitsfreien Sonntag haben sich in den letzten Monaten erneut verstärkt. Dies, obwohl seine Bedeutung für die Arbeitnehmenden stetig wächst. Die Arbeitswelt wird immer schneller, flexibler und grenzenloser.

Inzwischen fühlen sich 37% der Arbeitnehmende am Ende des Arbeitstags so erschöpft, dass sie keine Kraft mehr haben, um sich um private oder familiäre Angelegenheiten zu kümmern.

Dies zeigen die neusten Resultate des «Barometer Gute Arbeit».

Im letzten Jahrzehnt haben sich auch als Folge davon die krankheitsbedingten Arbeitsabsenzen um 50% erhöht. Mit zwei Wochen pro Jahr sind die krankheitsbedingten Ausfälle nicht zuletzt im Detailhandel überdurchschnittlich hoch.

Bisher hat sich die Stimmbevölkerung in kantonalen Abstimmungen meist sehr kritisch zu einer Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten geäußert, so zuletzt im Kanton Wallis am 3. März 2024. Die kantonalen Abstimmungen sprechen dafür, dass das Parlament am Volkswillen vorbeipolitisiert.

Positiv beurteilen wir hingegen, dass mit der Motion eine Gesetzesänderung angestrebt wird. Dadurch wird ein Referendum gegen die Vorlage möglich 😊.

Bericht soll Opferschutz durch Täterarbeit fördern

Das Postulat „Opferschutz durch Täterarbeit“ (Votum Gugger für Studer) bittet den Bundesrat zu untersuchen, wie eine systematische Arbeit mit gewaltausübenden Personen gefördert werden kann. Dabei soll insbesondere vom Bundesrat geprüft werden, ob analog zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG), Anforderungen an die Beratungsstellen für gewaltausübende Personen gestellt, die Kostenverteilung zwischen den Kantonen definiert sowie die finanziellen Leistungen und Aufgaben des Bundes festgelegt werden können. Damit würde ein nationaler Rahmen geschaffen werden, der zudem die Wahrung der Istanbul-Konvention garantiert. Das Postulat ist damit ein wichtiger Schritt in Richtung Prävention

Die, EVP hautnah an der internationalen Politik mit dabei.



Nik durfte diese Session nicht nur persönlich international unterwegs sein, sondern auch in Bern selbst ausserpolitische Themen mitgestalten. Hier im Gespräch mit Bundesrat Cassis.

Mit dem (baldigen) höchsten Aargauer im Bundeshaus



Bereits am ersten Tag der Frühlings-session haben Marc und Nik Besuch aus dem Kanton Aargau erhalten. Unser Parteikollege Urs Plüss ist aktuell Vizepräsident des Grossen Rates und wird somit bald der höchste Aargauer sein.

von Gewalttaten in unserer Gesellschaft.

In seiner Stellungnahme unterstützte der Bundesrat das Anliegen des Postulats und empfahl dessen Annahme. Weil einzig die SVP-Fraktion, inklusive EDU, gegen diesen Vorstoss stimmte, wurde er mit einer klaren Mehrheit angenommen. Der Bundesrat hat jetzt zwei Jahre Zeit, um einen Bericht zu erstellen.

Bürgerliche Mehrheit will kein Stimmrecht für 16-Jährige

Über mehrere Jahre wurde die parlamentarische Initiative „Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben“ im Parlament zwischen dem Nationalrat und dessen Staatspolitischen Kommission (SPK-N) hin- und hergeschoben, weil sich die Kommission weigerte, dem Nationalrat eine Vorlage zu präsentieren. Marc Jost und dessen Vorgängerin in der SPK-N, Marianne Streiff-Feller, hatten sich für das Anliegen zugunsten der jungen Schweizerinnen und Schweizer eingesetzt. Unsere Nationalräte waren der Meinung, dass es gute Gründe gibt, die religiöse Mündigkeit und die politische Mündigkeit zum gleichen Lebenszeitpunkt zu gewähren. Zudem wäre das Stimmrecht auch eine Chance gewesen, die politische Sensibilisierung und Bildung der Jungen noch stärker zu fördern. Gerade in Zeiten, in denen weltweit die Demokratie als Staatsprinzip unter Druck gerät, ist es wichtig, dass die Schweiz ihre eigenen demokratischen Institutionen stärkt. Das bedeutet auch, dass das Staatsvolk sich seiner demokratischen Rechte und Pflichten bewusst ist. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat ist gegen eine solche politische Emanzipation von jungen Schweizerinnen und Schweizer, weshalb sie diesen Vorstoss beerdigt hat. Das Thema ist aber nicht definitiv weg vom Tisch. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren andere Kantone dem Beispiel von Glarus folgen könnten und auf kantonaler Ebene den jungen Menschen eine Stimme geben. Auch wir werden uns im Nationalrat weiter für eine Stärkung und einen Ausbau unserer Demokratie einsetzen.

Auf dem Fussballfeld verteidigen sie gemeinsam in der Mitte!



Fussballspiele mit dem FC Nationalrat sind immer etwas Spezielles, besonders wenn zum ersten Mal sogar einen Bundesrat mitspielt!

Jeden Mittwochmorgen während der Session findet die Andacht unter der Bundeskuppel statt.



Hier das aktuelle Pastoralteam zur Verabschiedung von Alfred Aeppli (3.v.l.); auch mit Ständerat Stefan Engler (2.v.r.), der mit Marc Jost zusammen die Besinnungen verantwortet. Pfarrpersonen: Thomas Ruckstuhl (v.r.n.l.), Beat Kunz, Eva Leuenberger, Michelle Grandjean.

Live-Streams der Parlamentsdebatten: Barrierefreiheit gewährleisten

Unsere direkte Demokratie in der Schweiz zeichnet sich durch ihre Zugänglichkeit, ihre Diskussions- und ihre Kompromissbereitschaft aus. Doch leider ist es noch immer so, dass in vielen Bereichen der politischen Teilhabe, Menschen mit Beeinträchtigungen benachteiligt werden. Das ist unter anderem auch bei den Online-Livestreams von Parlamentsdebatten der Fall. Diese Debatten werden zwar auf der Webseite des Parlaments oder auch auf Streaming Plattformen wie YouTube der Öffentlichkeit als Liveübertragung zur Verfügung gestellt, aber dennoch können gehörlose und schwerhörige Menschen diese nicht mitverfolgen, da es an Untertiteln fehlt.

Solche Angebote sind nicht nur im europäischen Ausland (beispielsweise in Frankreich oder in Deutschland) mittlerweile ein Mindeststandard, sondern werden bereits auch im Kanton Genf mit Erfolg bereitgestellt. Darum haben wir uns in dieser Session für die Teilhaberechte von Menschen mit solchen Beeinträchtigungen eingesetzt und nun hat der Nationalrat eine [parlamentarische Initiative](#) an die Kommission des Ständerats überwiesen, die verlangt, dass alle Debatten in den Räten mit Untertiteln versehen werden und dass geprüft werden muss, inwieweit Live-Übersetzungen von ausgewählten Debatten in Gebärdensprache übersetzt werden können.

Wichtiger Schritt in Richtung der ökologischen Nachhaltigkeit

Nun ist klar, was das CO₂-Gesetz für die Zeit ab 2025 regeln wird. Die beiden Räte haben in der Frühlingssession ihre letzten Differenzen bereinigt. Nun ist beschlossen, dass Ladestationen für Elektroautos nicht gefördert werden und dass die CO₂-Emissionen in erster Linie im Inland reduziert werden sollten.

Das CO₂-Gesetz hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Das revidierte Gesetz setzt auf Anreize und Förderung anstatt auf neue Abgaben wie sie die Gesetzesvorlage noch vorgesehen hatte, die von den Stimmberechtigten im Juni 2021 verworfen worden war.

Zudem ist der Ständerat wie der Nationalrat dafür, dass importiertes Biogas von der CO₂-Steuer befreit wird. Der Bundesrat muss nun diese Motion von Nik umsetzen.

20 Jahre sind genug – ÖV für alle



Marc Jost hat gemeinsam mit Behindertenorganisationen eine Petition mit über 15'000 Unterschriften eingereicht, um darauf hinzuweisen, dass auch nach 20 (!) Jahren Umsetzung noch keine barrierefreie Nutzung des ÖV möglich ist.

Evakuierungsübung:



Bei einer Übung eines Notfalls wurden alle Mitglieder des Parlaments sowie alle Gäste evakuiert und in der Dreifaltigkeitskirche versammelt. Es hat gut geklappt. 😊

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

[Fragestunde: VBS und Gesundheitskrisen: Einsatz bewährter Technologien?](#)

[Fragestunde sind die Ausnahmegewilligungen für die 10 giftigsten Pestizide eine Zulassung durch die Hintertür?](#)

[Fragestunde: EUDR – Anerkennung EU](#)

[Interpellation: Wiederherstellung von Ökosystemen in der Schweiz](#)

[Postulat: Wann wird ein fairer Behindertenausweis auch in der Schweiz eingeführt?](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

Marc Jost

[Anfrage: Abkommen mit Lichtenstein und anderen Nachbarländern zu Geldspielen](#)

[Fragestunde: Palliative Care in der Langzeitpflege](#)

[Link Vorstösse Marc >>>](#)

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger
Marc Jost

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

